



Die Vorsitzende des  
Ausschusses für Frauenangelegenheiten  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 02.11.2011

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Frauenangelegenheiten
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Frauenangelegenheiten  
am Dienstag, 08. November 2011, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 301 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung 1

1. Genehmigung der Niederschrift
2. **11-F-03-0031**

Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene  
Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0034 vom 27.09.2011

Ihre Teilnahme an der Sitzung haben zugesagt:

Gabriele Wenner - Leiterin des Frauenreferates der Stadt Frankfurt

Eva Weickart - Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Mainz

**ANLAGE**

**3. 11-F-08-0062**

Schwangerschaftskonfliktberatung

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 01.11.2011

Im Zuge der Novellierung des Hessischen Schwangerschaftskonfliktgesetzes plant die Landesregierung eine deutliche Kürzung der finanziellen Mittel. Bei der öffentlichen Anhörung am 1. September stießen diese Pläne auf deutliche Kritik, vor allem seitens der kommunalen Spitzenverbände sowie der Liga der Freien Wohlfahrtspflege.

Der Ausschuss möge beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie hoch ist die derzeitige Landesförderung (Personal-/Sachkosten, Freie Träger, kommunale Stelle, Ärzt\_innen) für die freien Träger im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung? (Bitte nach Träger und Kostenart aufschlüsseln)
2. Welche finanziellen Auswirkungen sind konkret für die Wiesbadener Beratungsstellen durch die geplante Kürzung der Landesfördermittel zu erwarten?
3. Welche Auswirkungen auf das konkrete Beratungsangebot vor Ort sind durch die geplanten Kürzungen zu erwarten?

II. Der Frauenausschuss spricht sich gegen eine Kürzung der Landesmittel in diesem Bereich aus und bittet die Frauenbeauftragte in seinem Namen einen entsprechenden Brief an die Landesregierung und die Mitglieder des hessischen Landtags zu richten.

**4. 11-F-03-0090**

Referentinnenstelle

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.11.2011

Für die Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und des Gender Budgeting werden personelle Ressourcen benötigt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die freie halbe Referentinnenstelle im Frauenreferat zügig zu besetzen.
2. die Mittel für die Referentinnenstelle wieder in den nächsten Haushalt einzustellen.

**5. 11-F-08-0027**

Gender-Budgeting kommunal umsetzen

Aussprache über Termin am 27.10.2011 in Offenbach

**6. 11-V-11-0002**

**DL 27/11-1**

Frauenförderplan Dienststelle Stadtverwaltung - Verlängerung

**6.1 11-F-03-0089**

Frauenförderplan

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.11.2011

Laut Magistratsbeschluss vom 11.10.2011 soll der aktuelle Frauenförderplan für die Dienststelle Stadtverwaltung nach den §§ 3 bis 5 Hessisches Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) über den 31.12.2011 hinaus zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2013 gültig sein. Es wird angemerkt, dass das Hessische Sozialministerium beabsichtigt, das am 31.12.2011 auslaufende Hessische Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) mit geringfügigen Änderungen um 2 Jahre zu verlängern. Es soll bis Ende 2013 novelliert werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Warum der Förderplan ohne Evaluation/Controlling bezüglich der Forderungen und Zielvorgaben verlängert werden soll. Dadurch wird eine Steuerung/Anpassung unmöglich gemacht.
2. welche Verbesserungen aufgrund der Vorgabe des Frauenförderplans im Sinne des HGIG bereits erreicht werden konnten.
3. it welchen Änderungen des Frauenförderplans die Zielvorgaben des HGIG zukünftig effektiver erreicht werden können.

**7. 11-F-03-0072**

Bericht der Frauenbeauftragten in der Stadtverordnetenversammlung

Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0029 vom 27.09.2011

**ANLAGE**

**8. 11-V-70-0004**

**DL 28/11-16**

Zweiter Bericht 2009-2010 zum Frauenförderplan 2006-2011 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW)

**9. 11-F-33-0017**

Gewalt gegen Frauen

Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr.0023 vom 23.08.2011

Ihre Teilnahme haben zugesagt:

Mitglieder des Arbeitskreises Prävention, Schutz und Hilfe bei Häuslicher Gewalt

**Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt ist für ca. 18:00 Uhr vorgesehen.**

**ANLAGE**

10. Bericht aus dem Frauenreferat

11. Verschiedenes

## Tagesordnung 2

11-V-20-0031

DL 27/11-2, 16/11-3

Investitionscontrolling 1. Quartal 2011

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schuchalter-Eicke  
Vorsitzende